



Berlinerische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen / Gegründet 1704

Verlag Ullstein, Fernsprech-Zentrale Ullstein; Amt Dönhofs (A 7) 3600-3667, für den Fernverkehr Amt Dönhofs 3668-3678, Telegramm-Adressen: Ullsteinhaus, Berlin, Postcheck-Konto: Berlin 60. Wochentlich 1 Mark. Monatlich 4,30 Mark, bei Zustellung durch die Post dazu 36 Pfennig Bestelleg.

## Berlin

Verantwortlich für den Gesamtinhalt (außer dem Handelsteil): Dr. Carl Misch, Berlin. Anzeigen-Preis: monat-Zelle 35 Pfennig. Familien-Anzeigen: monat-Zelle 20 Pfennig. Keine Verantwortlichkeit für Aufnahme in eine bestimmte Nummer. Verlag und Schriftleitung: Berlin SW 68, Koestraße 12-22.

10 Pf. - Nr 615 - B 304

MITTWOCH, 31. DEZEMBER 1930

ABEND-AUSGABE - V

## Brüning gibt Rechenschaft

### Neujahrs-Gedanken des Reichskanzlers

Der Reichskanzler Dr. C. Brüning übergibt der Öffentlichkeit seinen „Neujahrsbesonders 1931“ überdrückten Aufsatz, in dem er gleichsam Neujahrsgrüße ablegt über den Stand seiner Arbeit. Er schreibt u. a.: „Das Jahr 1930 war ein schweres Jahr, das uns viel zu schaffen machte. Depression und Strife der Finanzen nahmen das Mitgefühl in unsere Rolle, ob das Leben und das Wohlbefinden unserer Nation mit der gegebenen verfassungsmäßigen Ordnung der politischen Verhältnisse im besten Einklang sein. Es wurden Bewegungen groß, die über dieses Mitgefühl hinaus die prinzipielle Ordnung unserer politischen Verhältnisse als des Rückgrats des Staates und der Nation schuldigen auflagten und sich anheißend machten, Volk, Staat und Kultur aus ihren Grundfesten, ihrem Blute und ihrer Tradition entfernen zu können. Solche Bewegungen waren vorzuziehen. Sie zeigen sich heute einige Tage nach einer politischen Revolution, weil dann die hinter der Umgestaltung zu liegen. Es ist ein Schritt auf sie mit ihnen stehen, die von ihr entzweit hat, weil nicht alle ihre Willenskräfte reifen. Von außen fanden die innerpolitischen Erregungen Einfluß auf den allgemeinen politischen Lauf in der Welt sowie in der Bewegung der Mächte, die im Gegensatz der Weltordnung der deutschen Weltanschauung sowie der Sozialverhältnisse im Osten eine Lebensweise, d. h. die Welt der Bewegung, Gegner vorfinden, die Kultur der Menschheit bedrohen. Die Politik zu unterstützen.“

weife, und ich sage es ausdrücklich dabei, keineswegs nur durch die Tätigkeit der politischen Organe, sondern mindestens ebenso sehr durch die Tätigkeit und Ordnungsgewalt oder Vermittlung in Stadt und Land vor den Katastrophen in dem Maße geblieben ist, die zeitweilig ernsthaft drohten. Wenn es aber heute gibt, die zu betonen und auszuwerten, wir werden in schon mitten in der großen Katastrophe beten, so kann man demgegenüber nur sagen: Es müssen nicht, was sie reden.“

Wenn ich an der Schwelle zum neuen Jahre uns allen und mit politisch einem ganz tiefen und großen Willen bedarf, kann ich es dieses: möge unser Volk in seiner Gesamtheit, also in allen Schichten, Berufen und Ständen und Lebensaltern zunehmend in der Fähigkeit und Geduld, seine großen Anlagen und unerlöschlichen Kräfte richtig zu behandeln und einzeln n. — besonders im Politischen — möge es also einsehen, daß alle praktische Politik Aufbau ist, daß aber alles Aufbauen nicht darin besteht, daß alles zugleich getan wird, sondern daß ein Stein für ein andern liegt. Ferner mit Maß halten nicht nur im Politischen selbst, sondern auch in den Forderungen an unsere Politik. Die Aufgaben, die diese uns stellt, sind nicht nur, mit ihnen sie je auch nur einen Augenblick — gleichfalls im Augenblicke — im Frühjahre des neuen Jahres betradet. Wir begrüßen jedes Jahr als Männer mit Erfahrung und Hoffnung und werden uns morgen wieder dem unvollendeten Werke zuwenden.“

## Sindenburg an Brüning

Reichspräsident von Sindenburg hat an den am kurzen Urlaub weilenden Reichskanzler Dr. Brüning nachstehendes Telegramm nach Badenweiler geschickt:

„In teuren Gedanken spreche ich Ihnen meine herzlichsten Glückwünsche für erfolgreiche Arbeit und persönliches Wohlergehen im neuen Jahre aus. Mit freundlichen Grüßen gez. von Sindenburg.“

„Demnach aber hat sich im vergangenen Jahre so viel politisches Verhältnis zeigen und durchleben können, daß wir den Finanzen wieder — trotz der fortgeschrittenen Depression — eine feste Grundlage geben konnten. Wir haben schon manches tun können, um den Ablauf der Konjunktur zu erleichtern. Die Arbeitslosenversicherung — die weit mehr ist, als ihr Name verleiht — konnte, besonders dank der Arbeitslosenversicherung selbst, in ihren Leistungen gehoben werden. Die denn überaus unser ganzes finanzielles, soziales und wirtschaftliches Leben glücklich.“

## Keine Regierungszusage an die Zechenbesitzer

### Der Lohnkonflikt im Ruhrbergbau

In Zusammenhang mit dem Streikstreik sind die verlässlichen die Behauptung aufgestellt, die Reichsregierung habe den Zechenbesitzern eine nach schrittweise Beseitigung der Zusage. Selten des die Zusagepolitik zukünftigen Streikarbeitern und wird hingegen festgestellt, daß es eine bestimmte Zusage nicht gegeben hat und auch angeht, die gesetzlich verbrieften Unabhängigkeit der Schlichtungsstelle gar nicht hätte geben können.

Die Zuspitzung des Lohnkampfes im Ruhrbergbau wird im Streikstreikministerium mit großer Aufmerksamkeit verfolgt, jedoch besteht vorläufig für den Streikstreikminister noch keine Möglichkeit zu einem direkten Eingreifen. Vielmehr ist nach den aus dem Streikstreik resultierenden Verhandlungen damit zu rechnen, daß die Vertreter der Arbeitgeber und Arbeitnehmer sich alsbald zu neuen Verhandlungen zusammenfinden werden und daß es dann dem Schlichter ermöglicht wird, auf einen Streikstreik am 7. Januar hinzuwirken. Für den Augenblick besteht aber der tarifliche Zustand, weil es dem Schlichter nicht möglich war, seinerseits den Standpunkt einer der beiden Parteien anzuerkennen und auf dieser Basis einen Schlichter zu tätigen.

Es wird in der Streikstreikminister nach einer Befragung von zwölf Prozent und der Arbeitnehmer, jede Streikstreik abzulehnen, werden natürlich nicht anerkannt werden können. Aber es besteht Aussicht darauf, daß bei weiteren Verhandlungen eine Einigung etwa auf der Grundlage einer schrittweisen Streikstreik — also ähnlich wie letztendlich in der Berliner Streikstreik — herbeigeführt werden kann. Die Streikstreik ist zwar noch nicht völlig befristet, wird aber im Augenblick nicht als bedrohlich empfunden.

Der Streikstreikminister für den Streikstreik-Schlichter für den mitteldeutschen Braunkohlenbergbau ist verbindlich erklärt.

## Um den Vorhug der Genfer Ratstagung

### Die Sondierungen in London noch nicht abgeschlossen

Die immer wieder und neuerdings aus dem Genf aufstehenden Meldungen, in denen behauptet wird, daß die deutsche Regierung bereits auf den Vorhug in der Annäherung des Bitterbundes verzichtet habe, sind in dieser Form unzutreffend. Es handelt sich nicht um einen Verzicht, sondern um einen Einzug mit England in den Vorhug der Ratstagungen in Genf und Bern. Auch sind die in London geführten Sondierungen in dieser Frage noch gar nicht abgeschlossen. Es ist aber anzunehmen, daß ein solcher Einzug zustande kommen wird.

Dagegen wird einer anderen Genfer Angelegenheit nicht die gleiche Aufmerksamkeit geschenkt. Es handelt sich dabei um die Neuabgrenzung der Materialverwaltung beim Bitterbundsstreik, die den in dieser Beziehung in Frage kommt. Dieser Vorhug ist wichtig, weil kein Zweifel über die Befreiung unserer Wirtschaften vom Bitterbundsstreik besteht. Dieser wurde bisher von einem Streikstreik verweigert. Im Augenblick bemüht sich Frankreich sehr lebhaft um ihn.

## Schiedspruch für die rechtsrheinische Textilindustrie

### WUPPERTAL, 31. DEZEMBER

Der staatliche Schlichtungsausschuß für das Bergische Land fällt am Dienstagabend unter Vorhug des Bergischen Dr. Bergard nach vier tagelangen Verhandlungen einen Schlichter, über die Höhe in der Textilindustrie des rechtsrheinischen Bergischen. Danach sollen von 16. Januar 1931 ab die Schlichter um 7 5. gekürzt werden. Diese Regelung soll zunächst bis zum 15. Juli 1931 gelten. Die Gefährdungslage läuft bis zum 7. Januar. Von dem Schlichtungsanspruch werden mehr als 40 000 Arbeiter betroffen.

## Unser Heer

Reichspräsident von Hindenburg hat, wie bisher stets zum Jahreswechsel, einen Erlaß an die Wehrmacht gerichtet. Während jedoch sonst meist nur den Glückwünschen für das neue Jahr nur ein Dank für die geleistete Arbeit verbunden war, nimmt der diesjährige Erlaß Bezug auf das zehnjährige Bestehen der deutschen Reichswehr in ihrer durch den Vertrag von Versailles festgelegten Form.

Es ist keine rechte Zeit, um Jubeln zu feiern. Das hilft heute jeder in Deutschland, und das werden die Angehörigen der deutschen Reichswehr besonders stark empfinden, wenn sie am Neujahrstage 1931 auf die zehn Jahre zurückblicken, die seit dem Abfall der Neuauflistung des Reichsheeres nach den Vorschriften des Versailler Vertrages verstrichen sind. Zehn Jahre besteht unter 100 000 Mann-Heer, dessen Rahmen von unfern damaligen Gegnern in Versailles so eng geplant wurde, daß die „Friedenstrotz“ besonders unter den französischen Militärs die Hoffnung hatten, den Wert der deutschen Landesverteidigung für die Zukunft auf ein völlig bedeutungsloses Minimum herabgedrückt zu haben. Das unter Gegner mit der Wehrverfassung und all den anderen militärischen Vorschriften des Versailler Vertrages etwas antaten, was sie selbst als dem natürlichen deutschen Empfinden widersprechend betrachteten, bewiesen sie durch das empfindliche Gelingen ihrer Militärkontrolle, das sie jahrelang über ganz Deutschland operierten, um jede Ratione und jede Granate zu erschöpfen, die nicht durch den erstauten minimalen Bestand hinaus gebracht sein konnte.

Unter diesen äußeren Bedingungen ist die neue Wehrmacht der deutschen Republik geschaffen worden, unter diesen Bedingungen mußte sie arbeiten; und wenn heute sich wieder die Offiziere jener Armee der Welt an den deutschen Mannern teilnehmen, um so sehen und zu lernen, so ist diese eine Tatsache wohl der beste Beweis dafür, daß trotz aller Bemühungen die Reichswehr in den zehn Jahren ihres Bestehens eine Arbeit geleistet hat, auf die sie stolz sein darf. Diese Arbeit auf militärischem Gebiet ist in Deutschland heute noch anerkannt, modern und mit Respekt vor sich selbst und den Soldatenbesatz, die in der Wehrmacht gepflegt werden, nicht desto.

Trotz noch schwerer Arbeit als die Erfüllung der rein militärischen Aufgaben vor sich die neue Reichswehr das Problem, die in den neuen Staat wirklich einzugliedern. Die militärischen Gelingen, in denen aus Reihen der alten Arme und neuangehenden Fremdwörterinformationen zunächst das 200 000 Mann-Heer und fünf darauf das 100 000 Mann-Heer aufgestellt werden mußte, fanden noch alljährlich im Zeichen des Krieges, im Zeichen einer Epoche, in der der Appell an Wehr und Gewalt alles beheset hatte, als daß die Eingliederung des neuen Heeres in das noch unvollständiger neue Staatswesen ohne Schwierigkeiten hätte vorübergehen können. Vier Jahre Krieg hatten in sehr vielen Volksteilen die Stellung zum Soldaten, wie sie das Vortriebsbedürfnis kannte, fast erloschen. Die neue Arme konnte nicht auf ihre alte Stellung in Deutschland zurückgehen; sie mußte nicht nur ihre eigene Organisation neu aufbauen, sie mußte auch zum deutschen Volk ein neues Verhältnis schaffen.

Alle militärische Tradition hat den Führern der Reichswehr ihre militärischen Aufgaben erleichtert. Für die politischen — wenn man sie so nennen will — letzte es an Schlichtung, unbesten Taten von beiden Seiten war die Folge. Freier von beiden Seiten erforderten das Zusammenarbeiten von Volk und Wehrmacht; und wenn heute auch dieser Teil der Aufgaben der deutschen Reichswehr seine Lösung schon ein beträchtliches Stück nähergekommen ist, so ist diese Befähigung an dem Tage, an dem die Wehrmacht auf zehn Jahre Arbeit zurückblicken kann, vielleicht die erfreulichste.

Gründlich in allererster Linie ist die Reichswehr selber, die über diese Aufgaben der Wehrmacht. In dem Maße, in dem die bittersten Notwendigkeiten, niemals lösen kann, wenn nicht das deutsche Volk in seiner Gesamtheit innerlich mit dem Heere verbunden ist. Nur in diesem Sinne ist das kleine deutsche Berufsheer ein Stamm, ein Kern. Heute mit im Ausland oft von dem deutschen Mann-Heer gesprochen. Im militärischen Sinne ist das falsch, und zu bezeugen, wie sie der ehemalige Reichswehrminister Dr. Götter in der „Berliner Zeitung“ hat, daß nämlich die Wehrmacht der Reichsregierung bei der Organisation der Wehrmacht nur die Form, den Kern einer militärischen Organisation zu schaffen, sind nur dazu angehen, diese von den Wehrmachtsgegnern in aller Welt genährte falsche Vorstellung zu befechten.

# Wahrhaft zur Besinnung

Ein bedeutsamer politischer Hirtenbrief des Kardinals Bertram

BRESLAU, 31. DEZEMBER

Der Breslauer Erzbischof, Kardinal Bertram, der gleichzeitige Vorsitzende der Fuldaer Bischofskonferenz ist, erläßt zum Jahresfeste 1900 eine Rundschreibung, die er offenbar nicht nur an seine eigenen Diözesanen, sondern an alle deutschen Katholiken gerichtet wissen will, und die sich für Wahrheit und Klarheit gegen den übertriebenen Nationalismus und die Massenverdrängung wendet.

Er erklärt, sein Hirtenbrief solle kein „Wort der Mahnung an Millionen von Bischöfen, die nicht beabsichtigen, es zu tun“, ein Wort der Ermahnung für die zahllosen Seelen der ärmsten heimungslosen Katholiken, die nur in Bekräftigung führen wollen, die zuletzt nicht halten können von dem, was sie verpredigen, ein Wort des Protestes gegen die Verleumdungen, mit denen die Christenwohler die Kirche überschütten und gegen das bunte Gemisch von Irrentümern, die sie zu einem Nationalkongressium zusammenstellen, ein Wort der Warnung vor denen, die mit Unstufungen spielen, um die weltliche Rettungswegs zu durchfragen — auch aber auch eine Mahnung an die Lehrenden und Befehlshaber der Schulen, in dieser Zeit der katastrophalen Art jedoch Zug zu vermeiden, jeder Vermögensverlust entgegenzutreten und ebenfalls der darobenden Mitglieder zu geben, eine Aufzählung an die Zugewandten, sich nicht vom Bestoß vom großproletarischen Verführer betören zu lassen, und endlich eine Frage an die gebildeten Katholiken: Können nicht ihr, alle ohne Ausnahme, jeder an seiner Stelle, ein Wort tun zum Schutze für Christi Wahrheit, für verantwortungsvolle Mitarbeit in den

gleibewußten Verleumdungen der Obrigkeit, für Abwehr fanatischer Verfolgung, für Trens zur Kirche, für höchste Nationalismus, für kaiserlichen Familienfriede und sozialer Ordnung?

Der Kardinal schreibt im einzelnen: Es gibt einen berechtigten Nationalismus. Seine Kernsätze ist Liebe zur Mutterkirche, Liebe und Unabhängigkeit zum Vaterlande, zu heimlichen Gilden. Dann gegen Gott für alle ererbten Sorgen. Das ist berechtigt, solange nicht Wahrheit und Liebe verläßt wird, unbedeutend, wenn Selbstüberhebung den Blick trübt — berechtigt, solange jene Trens zum Vaterland berechtigt bleibt, in die das Gemeinheitsgefühl wieder verlebendiger Geworden mitandern verbunden, berechtigt, wenn man nicht Selbstvergessenheit treibt, sondern ein offenes Auge hat für Sorgen anderer Stämme und Nationen, Achtung für andere Eigenart.

Ein verständiger Nationalismus hat stehende und vernehmbare Kraft. Fanatischer Nationalismus ist Dummheit gegenwärtiger Bedeutung und des Völkers — ist überbies Berechtigung des übernatürlichen Panes, das alle einigen fol als Kinder der selben Kirche, als Erben und Förderer der christlichen Kultur. Aber in diesem heiligen Panos stützt, der wirt die Gabel der Gerechtigkeit in unsern Balle, und das in der Zeit widersteht, wie sie die verflochtenen Schranken nicht erlöset haben. Gerechtigkeit verlangt die Not der Erde zu vermeiden, was für Volkstrennen und Völkerverleiden gütigsten ist. Das ist die Stellungnahme der Kirche. Jeglich ist uns aufwerfende Liebe zu unserem Volk und Vaterlande, unbillig ist und abstoßend wird die aus fanatischer Selbstverdrängung entspringende Blindheit und Rücksichtslosigkeit.

Nachfolger Abendroth ist Dr. Nepper, bisher geschäftsführender Besoldungsmitglied der Dresdener Ortsgruppe der Partei und früher Handelschiffahrer des „Dresdener Anzeigers“, geworden.

## Handelskammer gegen Senat

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung

HAMBURG, 31. DEZEMBER

Bemerkenswerte Äußerungen machte der zurückgetretene Vorsitz der Hamburger Handelskammer, Direktor F. H. B. e., in der Jahresversammlung „eines scharfen Ratmanns“ über die Unmöglichkeit, den „Bürgertum in der Stadt“ Dies ist ein elementarer Grundbruch des modernen Völkerrichts, durch dessen Verletzung die fremden Feindhatten nicht nur Deutschland, sondern auch ihren eigenen Handel und ihren Wohlstand selbst schweren Schäden zufügen. Eine der vornehmsten Aufgaben der Internationalen Handelskammer muß es sein, eine internationale Regelung dieser Frage bei allen Regierungen durchzuführen, ohne Rücksicht auf die Gesandtschaften derjenigen, die den Wohlstand durchsetzen hätten.

Sehr scharf wurde auch der Vorstoß der Handelskammer gegen den Reichstag und den hamburgischen Senat, welche gestiftet namentlich eine im Dezember gebotene Rede, in der der sozialdemokratische Bürgermeister H. o. sprach, daß sich die „Kette der Wirtschaft deutlich als ein Vortrieb des Kapitalismus gelte“. Das Vertrauen der gesamten hamburgischen Bevölkerung, so bestonte Hilde, die überlegen von der Wirtschaft los, werde unter eine überflüssige Belastungsprobe gestellt, wenn der Präsident der hamburgischen Staatsregierung in freilichsten Zeiten die Ursache und Unmöglichkeit vermehrte durch politische Einstellungnahme. Das Verhältnis an dem Gebotenen des Kampfes mit der Wirtschaft seitens der Sozialdemokratischen Partei, die heute in Hamburg mitregiere, ist unproduktive Kräfteverwendung. Er hoffe von besserer Einsicht, daß Nichtigkeit so wichtige Fragen mit dem erforderlichen Maße von Objektivität und politischer Klugheit an allen verantwortungsbewußten Stellen behandelt werden.

Diese scharfen Formulierungen, die den Konflikt zwischen der Handelskammer und dem Senat in aller Deutlichkeit dokumentieren, erzeugen naturgemäß großes Aufsehen.

## Von Parteifreunden in den Tod getrieben

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung

DRESDEN, 31. DEZEMBER

Im Zusammenhang mit dem kürzlich erfolgten Selbstmord des Reichertskapitans v. Abendroth, des Landesgeschäftsführers der Deutschnationalen Volkspartei in Sachsen, wird angegeben, daß die Deutschnationalen Volkspartei ein großes Verbrechen verübt hat. Die Reichsgeschäftsstelle habe ein Mandat gegeben, dem die Zahl der Parteimitglieder in Sachsen zu klären. Auf Grund dieses Mandats habe die Partei verantwortlich macht, daß v. Abendroth sich in Dresden in ein Versteck begeben habe, um sich zu verstecken. Auf Grund dieses Mandats habe die Partei verantwortlich macht, daß v. Abendroth sich in Dresden in ein Versteck begeben habe, um sich zu verstecken. Auf Grund dieses Mandats habe die Partei verantwortlich macht, daß v. Abendroth sich in Dresden in ein Versteck begeben habe, um sich zu verstecken.

## Saftentkaffung der Bombenleger

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung

HAMBURG, 31. DEZEMBER

Nachdem der Führer des Bombenlegers, Herbert Bold, der vom Minister Saftentkaffung im großen Bombenlegersprozess zu mehreren Jahren Zuchthaus verurteilt wurde, bereits gegen Sicherstellung wegen seines Gesundheitszustandes aus der Haft entlassen worden ist, wurde die Verhaftung aus der Haft entlassen, so Justizbeamten, v. d. e. z. u. m. a. n. d. u. d. W. i. z. u. e. l. Die Haftentlassung wird aufrechterhalten werden.

Die Staatsanwaltschaft hat gegen diesen Befehl der Staatskammer Beschwerde eingelegt und verlangt Fortsetzung der Untersuchungshaft. Zwei der Angeklagten hatten Berufung eingelegt.

## Tariffühndigung in der sächsischen Textilindustrie

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung

CHEMNITZ, 31. DEZEMBER

Der Arbeitgeberverband der sächsischen Textilindustrie, die Chemnitz, hat alle von ihm abgesetzten Lohnverträge für den 28. Februar 1901 gekündigt. Das Gebiet des Verbandes umfaßt weit über 800 000 Arbeiter und Angestellte.

## Wieder Anshang der Lebensmittelpreise

Die „Vossische Zeitung“ erklärt, hat gesten in der Handelskammer eine Vernehmung der ketteligen Kreise stattgefunden, die sich mit der oligarchischen Einföhrung des Anshangs der wichtigsten Lebensmittelpreise befaßt. Der preussische Minister für Handel und Gewerbe hat von dem Kaufmannschaft verlangt, von sich aus derartige Einrichtungen zu treffen. Sollen diese nicht bis zum 1. Januar durchgeführt sein, so würden zwangsweise die Preisregeln eingeführt werden.

Beim ausführlicheren Bericht haben sich interessierten Handelsvertreter, selbst für eine Bekanntgabe der Preise in den Gängen an weithin sichtbarer Stelle zu sorgen. Es handelt sich um einen Anshang der Preise von neunzehn verschiedenen Stoffen, die auf die Erzeugung des Lebensmittelpreises von besonderer Bedeutung sind. Unter anderem kommen in Frage Weizen, Zucker, Butter, Schmalz, Speck, Hüllfrüchte, Kartoffeln, Eier und Hühner.

Professor Syllaba 1. Professor Dr. Maximal Eulbach, Vorstand der Internen Klinik an der sächsischen Universität in D. g. a. g. ist bereits nach 60 Jahre an einer Ungeheueren Erkrankung gestorben. Professor Eulbach hat eine große Anzahl wissenschaftlicher Schriften auf dem Gebiet der Internen Medizin und Neurologie herausgegeben. Er war Mitglied der sächsischen Gesellschaften der Wissenschaften und zahlreicher ausländischer Vereinerungen. Während des Krieges betätigte er sich auch politisch und wurde zum Mitglied in die revolutionäre Nationalversammlung ernannt.

Für die „zweite Republik“ Der Vorstand der Sozialdemokratischen Partei erklärt öffentlich die Jahresberichte einen Aufbruch, in dem der Kampf für die „zweite Republik“ fortsetzt.

Deutschland will heute nicht mehr die mittelständigen Bestimmungen des Versailles Vertrag umgeben. Wir wollen und brauchen keine Ochsenschweifungen und keine geheimen Abrede-Organisationen. Wir wollen sie nicht, weil wir nur ohne sie den Kampf um unser Recht auf die Wahrung der anderen führen können, der so oder so bald zur Entscheidung kommen muß. Wir brauchen sie nicht, weil wir das Vertrauen in unsere Reichsgewalt haben, das ihre Stellung im deutschen Volke schon heute so gefestigt hat, daß im Falle der Not auch ohne „Organisationen“ das ganze deutsche Volk Seite an Seite mit dem Verursacher Deutschlands Land schützen wird. Es ist keine rechte Zeit für Südländer; aber es ist eine gute Zeit für englische Arbeit. Was das Reichsgebiet hat, das ist die Arbeit, die sie in sechs Jahren geleistet hat. Ihre wahre Bedeutung wird sie auch in der Zukunft finden, wenn sie sich will und ernst weiterarbeiten in den Bändern, die wir für sie und für das deutsche Volk wünschen. F. W. v. O.

## Belagerungszustand über Wienem

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung

STAMBUL, 31. DEZEMBER

Die türkische Regierung hat über die von der Vernehmlichkeitsbestrafen Bezirks Wienem und Wagnen die Belagerungszustand verhängt.

In einer Oberbefehlung der Regierungspartei berichte der Ministerpräsident über die Anwesenheit der Anwesenheit der Anwesenheit, daß die allgemeine Verfassung der früheren Verweise und ihrer gläubigen Anhänger ein Gesetz gewesen sei. Nur der politische Willkür der Religion nicht verbunden werden. Die von mehreren Abgeordneten geforderte Wiedereröffnung des Revolutionstribunals in Stambul lehnte Jannet Pasha ab.

Der verhaftete Chef der aufständischen Verweise, der über neunzig Jahre alte Scheich Efend, wurde nach Wagnen übergeführt. Die Untersuchungen haben ergeben, daß Efend mit dem gestellten Führer der Aufständischen, Scheich Mehmed, vor einem Ratung zu Beratungen in Stambul zusammengekommen war.

## Kritische Tage in London

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung

LONDON, 31. DEZEMBER

Die inbilde Round Table-Konferenz tritt Ende der Woche in ihr geführtestes Stadium ein und zwar mit Uebernahme der Sitzungen des Interimrates zur Ausarbeitung der Bundesverfassung und des Interimrates zur Verwirklichung von Währungsreformfragen. Die wichtigsten Aufgaben dieser Komittees bestehen darin, die Art der Organisation eines eventuellen Bundesstaates sowie das Maß der Selbstbestimmung und den Grad der Verantwortlichkeit für die Bundesregierung und ihre gelegentlichen Organe zu bestimmen und ferner eine Einigung zwischen Hindus und Mohammedanern über die Provinzialorganisationen und insbesondere über die Wahlverfahren herbeizuführen.

Die englische Delegation hielt gesten eine Sitzung ab, in der über eine einseitige Politik hinsichtlich des Dominions Status und insbesondere über die von England zu fordernden Reservationen während einer Ubergangsperiode beraten wurde.

## Der Kohlenkonflikt in Südwales

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung

LONDON, 31. DEZEMBER

Nachdem die Schlichtungsversuchungen im Südwales Kohlenzweigs bisher ergebnislos verlaufen sind, werden die Grubenbesitzer heute an dem Eingängen der Gruben die Bedingungen ansetzen, zu denen sie bereit sind, weiterarbeiten zu lassen. Die Grubenbesitzer haben gesten betanngesehen, daß sie die von nationalen Industriemitteln gemachten Vorschläge nicht annehmen können, und daß, falls nicht noch ein Abkommen über eine Reueigungs-Organismus aufgefunden werden sollte, von morgen an folgende Lohn- und Arbeitszeitbedingungen in Kraft treten: Untertagearbeiter 7 1/2 Stunden je Schicht, Hebertagearbeiter 48 Stunden in der Woche.

An den Wähen soll ein Wägen für Tagelohnarbeiter von einem Schichtmeister der gegenwärtigen Güte eintreten. Stundtarife werden nicht getriggt, doch würde sich die Lohnregulierung hier von selbst infolge der kürzere Arbeitszeit auswirken.

Man betrachte im Südwales Bergbau einen Streit als kaum vermeidlich, wenn nicht noch in allerletzter Minute eine Einigung aufgefunden. Eine Intervention der Regierung wird als letzte Hoffnung bezeichnet. Der Bergbauminister ist gesten aus Scotland in London eingetroffen und wurde sofort über die Gesamtlage unterrichtet.

## Gehaltsabbau auch im Irak

Angestellte der sächsischen Finanzlage des Graf hat König Heffell 10 Prozent ihrer Justizstelle dem Schicht zur Verfügung gestellt. Die Gehälter der Beamten mit Ausnahme englischer Regierungsgesellener werden um 8 pCt. getriggt.







